

Von links nach rechts: Haubold, Wiegreffe, Görling-Schulze, Heider, Weigel, Barr, Janssen, Drieling. Es fehlen: Kosmis, Voigts, Wittje.

Grüne Wählerinitiative Ammerland Kreistagsprogramm



Es wird immer deutlicher, daß keine der etablierten Parteien (SPD, CDU, FDP) willens und in der Lage ist, eine Entwicklung aufzuhalten, die uns Wirtschafts-und Umweltkrisen beschert, wie wir sie bisher noch nicht gekannt haben.

Ursache dieser Zustände ist ein ungehemmtes Wirtschaftswachstum, das sich mit einem radikalen Raubbau der Natur, riesigen Mengen unkontrollierbarer Chemiegifte, lebensbedrohenden Atomkraftwerken und einer wahnsinmigen Rüstung präsentiert.

Von allen diesen Auswirkungen wird auch das Ammerland betroffen. In der Grünen Wählerinitiative Ammerland haben sich Menschen aller Alters-und Gesellschaftsgruppen zusammengefunden, die die Sorge um eine menschenwürdige Zukunft verbindet.

Die Grüne Wählerinitiative Ammerland versteht sich als Teil der Ökologie-und Friedensbewegung und somit auch als parlamentarischer Arm der Natur-und Umweltschutzverbände und von Bürgerinitiativen. Wir, die Grünen, wollen versuchen, zu den vor uns liegenden Zukunftsaufgaben für eine soziale Sicherheit in einer natürlichen Umwelt neue Wege und Möglichkeiten auszuschöpfen und zu erarbeiten.

Die bisherige Mitarbeit von Grünen im Kreistag Ammerland und im Gemeinderat Bad Zwischenahn hat gezeigt, daß die Abgeordneten durch ihre Arbeit Denkanstöße geben, Mauscheleien, Fehlentscheidungen und Verfilzungen aufdecken, sowie naturund menschengerechte Lösungsmöglichkeiten aufzeigen können.

Um die Arbeit für ein menschenwürdiges Leben in einer natürlichen Umwelt fortführen zu können und zu verstärken, müssen aber mehr Grüne in den Kreistag als bisher.

Wir brauchen <u>Ihre Meinungen</u>, <u>Ihre Ideen</u>, <u>Ihre Mitarbeit</u> und vor allem <u>Ihre Stimmen</u> am

27. September 1981

Wahlbereich I

Jürgen Drieling, Lehrer, Kuhlenstr.20, Westerstede 04981/4168 Christoph Wiegreffe, Kaufmann, Schloßweg 8, Fikensolt /6271

Wahlbereich II

Egbert Kosmis, Lehrer, Schubertstr.20, Edewecht
Rnno Voigts, Zahnarzt, Logenring 37, Edewecht
04405/6160
04405/5422

Wahlbereich III

Friedrich Haubold, Lehrer, Am Kurpark 7, Bad Zw. 04403/2312 Peter Heider, Maschinenschlosser, Auf dem Winkel 15

Udo Weigel, Lehrer, Klein Garnholt, Elmendorf 04981/3918
Dagmar Görling-Schulze, Lehrerin, Fritz-Reuter-Weg 2

Norbert Barr, Kaufm.Angestellter, Claudiusstr.5b
Bad Zw. 04403/4106

Norbert Barr, Kaufm.Angestellter, Claudiusstr.5b
Bad Zw. 04403/5015

Wahlbereich IV

Dorothée Janßen, Lehrerin, Lüschens Kamp 1 04402/1556 Neuenkruge

Heidi Wittje, Bürokauffrau, Dwoweg 1, Lenmden 04402/7565

Bei unserer Arbeit werden wir verauchen, folgende Forderungen durchzusetzen:

1. VERWALTUNG

Wir streben eine bürgernahe Verwaltung an. Die Entscheidungen der Verwaltungsleitung bei Planungsvorhaben müssen stärker kontrolliert werden als bisher. Durch Bürgerversammlungen müssen die Menschen des Ammerlandes ehrlich und umfassend in Entscheidungsprozesse von vornherein einbezogen werden (z. B. Kreishaus, Regionalplanung, Straßenbauprojekte). Der geplante Bau eines neuen Kreishauses ist überflüssig und verschwenderisch (weit über 20 Mio. DM!!!). Die Mittel könnten sinnvoller für die Renovierung und Restaurierung alter Bausubstanz und den Bau von Radwegen (Forderung aller Bürgervereine) verwendet werden. Die Verwaltung soll durch vorbildliche Sparmaßnahmen vorangehen und auf Kleinwagen und Fahrräder umsteigen.

2. RAUMORDNUNG, STRASSENBAU, VERKEHR

Die Zahl der Landschafts-und Naturschutzgebiete muß er-FORTSCHRITT heblich vergrößert werden (z. B. Fint-landsmoor, Ipweger Moor, Mansholter Büsche). Ihr Wert; besonders für die Zukunft unserer Kinder, ist unbezahlbar und unwiederbringlich. Naturliche Gewässer, Bäken wie auch Wallhecken müssen erhalten bzw. wiederhergestellt werden (Otterbake, Aue, Zwischenahner Meer).

Die Ammerländer Landschaft darf nicht durch Betonklötze verbaut werden.
Die untere Naturschutzbehörde sollte ihre Arbeitsergebnisse (laufende Geschäfte) öfter als bisher dem Ausschuß für Umweltschutz mitteilen.

Die Pflege kreiseigener Grünanlagen muß geändert werden (Verzicht auf Chemieeinsatz).

Das bisherige Straßennetz des Ammerlandes ist ausreichend ausgebaut. Die für das Ammerland typischen Eichenalleen und Klinkerstraßen müssen erhalten bleiben bzw., wo möglich, wiederhergestellt werden (Klinkerstraßenprogramm). Der Landkreis muß sich dafür einsetzen, daß die Richtlinien des Gemeindeverkehrsförderungsprogramms zugunsten eines verstärkten Radwegebaus geändert werden, damit die Radfahrer gegenüber dem KFZ-Verkehr endlich gleichberechtigt sind.

Es muß eine Radwegeplanung eingeführt werden, die Radwege unabhängig von Straßenführungen vorsieht, da es Radfahrern nicht zugemutet werden kann, weiterhin den Gefahren durch Kraftfahrzeuge ausgesetzt zu sein.

Durch den Kreis müssen neue Nahverkehrskonzeptionen erarbeitet werden, z. B. Nahverkehrstaxis zu sozialen Tarifen.
Die Privatinitiative der Bevölkerung muß durch die Errichtung
einer (oder mehrerer) Mitfahrerzentralen vom Kreis unterstützt werden. Diese Punkte könnten, bei entsprechender Förderung, zu großen Energieeinsparungen führen.

3. ALTERNATIVE ENERGIEN UND TECHNIKEN

Angesichts des Riesenangebots alternativer Technologien einerseits und des Diktats der Energiekonzerne andererseits, ist die Gründung einer lokalen Energiegesellschaft zu erwägen, die zur Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze führen könnte.

Alternative Technologien und Techniken müssen in öffentlichen Gebäuden verstärkt eingesetzt werden. Bei allen Schriftstücken öffentlicher Einrichtungen soll Umweltschutzpapier verwendet werden. In öffentlichen Gebäuden sollten nur noch biologische Reinigungsmittel benutzt werden. Bei Neubauten und Renovierungen sind natürliche Baustoffe den ungesunden Kunststoffen und dem Beton, so weit wie möglich, vorzuziehen. Wir werden die GSG auffordern, attraktive, ökologisch orientierte Wohnmodelle zu realisieren (z. B. nach dem Modell holländischer Gemeinschaftssiedlungen).

Ein weiterer Beitrag zur Umwelt-und Rohstoffschonung auf Kreisebene wäre die sinnvolle Verwertung des anfallenden Mülls im Ammerland. Der Müll ist in seine Grundmengen aufzuteilen, um die wiedergewonnenen Rohstoffe der Industrie und der Forstwirtschaft zurückführen zu können. Der Restmüll könnte in einer Verschwelungsanlage (Pyrolyseverfahren) in Energie umgewandelt werden.



Wir werden dafür eintreten, das Angebot bereits bestehender Altglas-und Altpapiercontainer zu erweitern und es auf Altmetallcontainer auszudehnen. Zur Beseitigung umweltgefährdender Stoffe, wie z. B. Produkte der Chemie (Farben, Lacke, etc.) und der Pharmazie (alte Arzneimittel) müssen zentrale Sammelstellen errichtet werden.

Grundsätzlich treten die Grünen dafür ein, kleine und mittlere Betriebe zu unterstützen und zu fördern.

4. JUGEND UND SENIOREN

Der Landkreis sollte für jede Gemeinde die Mittel zur Einstellung eines Jugendpflegers gewährleisten.

Der Landkreis muß eine Tagungsstätte errichten. Frei organisierten Jugendlichen, Gemeinde-und Kreisjugendring(en), aber auch anderen Alters-und Interessengruppen ist es nicht möglich, im Ammerland Seminare und Tagungen durchzuführen. Dem wäre durch den Ankauf eines geeigneten Bauern-oder Bürgerhauses abzuhelfen.

Es ist anzustreben, vom Landkreis, ein Landschulheim einzurichten, in dem Gemeinschaftsleben gelernt und z. B. das Verständnis für die Umwelt verstärkt werden können.
Das Konzept von Waldorf-Schulen könnte hierbei Beachtung finden.
Beim Schulbustransport darf es keine permanent überfüllten
Schulbusse geben. Der Kreistag muß die Interessen von Jugendlichen bei Entscheidungen besser berücksichtigen.

Die pädagogische Beratungsstelle in Westerstede muß ausgebaut werden. Wir werden uns für eine verstärkte Berücksichtigung von Senioren und behinderten Menschen bei Planungs-und Entscheidungsprozessen (z. B. öffentliche Bauten, Freizeiteinrichtungen, Betreuung) einsetzen.

5. ZIVILSCHUTZ

Die Ammerländer Bevölkerung muß darüber unterrichtet werden, daß es bei Katastrophen im Atomkraftwerk Esenshamm oder auf der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven (Chlorgastransport) keinen effektiven Schutz gibt. Es gilt, das AKW abzuschalten und den Chlorgastransport einzustellen.

6. GESUNDHEITSWESEN

Es muß ein menschenwürdigeres Gesundheitswesen geschaffen werden. Wir werden uns für eine freundlichere Gestaltung des Kreiskrankenhauses, für die Förderung aller Naturheilmethoden und für die Einführung von Gesundheits-statt Krankenkost einsetzen. Es gilt, mehr für die Ursachenbekämpfung von Krankheiten zu tun. Allein gewaltige Apparate für das Erkennen von Krankheiten sind nicht ausreichend.
Wesentlich für eine gute Genesung der Patienten ist auch eine Betreuung durch die Arzte und das Pflegepersonal, die die seelischen Nöte und Ängste der Kranken berücksichtigt und über die Verabreichung von Medikamenten hinausgeht.



Die Arbeitsgruppe "Kind und Krankenhaus" muß durch den Landkreis unterstützt werden. In den Schulen muß eine bessere
Gesundheitsaufklärung und Betreuung erfolgen.
Das Ammerland braucht ein funktionierendes Notarztsystem.
Das Veterinäramt muß seine Untersuchungen verstärkt der
Öffentlichkeit bekanntgeben.
Wir setzen uns für die Errichtung einer Beratungsstelle für
biologischen Landbau bei der Landwirtschaftskammer Weser-Ems
ein. Der Kreis soll Seminare mit Gastdozenten für naturgemäße Landwirtschaft an der Berufsschule Rostrup veranstalten.

7. LANDWIRTSCHAFT UND BAUMSCHULEN

Der Landkreis muß finanzielle Mittel zur Aufklärung von Landwirten und Baumschulbesitzern über ökologische Landwirtschaft und Gartenbau zur Verfügung stellen und über die Umweltgefährdung bei der Anwendung von Pestiziden und chemischer Düngung aufklären.

Es muß wieder möglich werden, daß kleine Bauernhöfe lebensfähig werden.

8. DENKMALSCHUTZ

Der Landkreis muß sich für die Erhaltung von Gebäuden entsprechend der Denkmalschutzliste einsetzen. Dem Wort der Denkmalschutzbehörde muß mehr Beachtung beigemessen werden. Die Mittel für den Denkmalschutz müssen aufgestockt werden.

9. ABGEORDNETE

Die künftigen Abgeordneten der Grünen Wählerinitiative Ammerland werden den überwiegenden Teil ihrer Aufwandsentschädigungen (bisher über 70%) der Wählerinitiative zufließem lassen und sich für die Verbreitung einer bewußten, ökologisch orientierten Lebensführung einsetzen.